

Neue Ideen für eine europäische Mitbestimmung

ANKE HASSEL

Europa war immer die Weltregion mit den stärksten Arbeitnehmerrechten. In vielen europäischen Ländern sind Tarifverhandlungen, Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen sowie die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft gesellschaftlich fest verankert. Darüber hinaus sind im globalen Vergleich soziale Risiken besser abgesichert. Die Kombination von starken Arbeitnehmerrechten und ausgebautem Wohlfahrtsstaat definiert den Kern des europäischen Sozialmodells.

Im internationalen Vergleich ist das europäische Sozialmodell im Hinblick auf Wachstum und Wohlstand wie auch auf relativ niedrige soziale Ungleichheit sehr erfolgreich. Die Länder der Europäischen Union (EU) haben nicht nur eine hohe Lebensqualität, sondern auch eine hohe Lebenserwartung, eine relativ gesunde Bevölkerung und hohe Werte individueller Zufriedenheit.

Selbst das nicht gerade gewerkschaftsorientierte World Economic Forum (WEF) belegt die Innovationsfähigkeit Europas. In seinem globalen Wettbewerbsbericht betont das WEF die Rolle der Innovation als Schlüsselfaktor für das Wirtschaftswachstum. Es beschreibt Wettbewerbsfähigkeit als die Gesamtheit der Institutionen und Maßnahmen, die das Produktivitätsniveau eines Landes bestimmen. Produktivität bestimmt wiederum langfristig den Wohlstand.

In einer Rangliste, die die Wettbewerbsfähigkeit von 144 Ländern ausweist, findet man unter den ersten zehn Ländern weltweit sechs nord-europäische. Vier dieser sechs Länder haben umfangreiche Formen der Unternehmensmitbestimmung. Und unter den ersten zehn wettbewerbsfähigsten europäischen Ländern befinden sich wiederum sieben, die über Mitbestimmungssysteme verfügen. Diese Befunde zeigen, dass das europäische Sozialmodell trotz der Globalisierung und Liberalisierung der Finanzmärkte seine Vorreiterposition im Bereich Innovation und Wohlstand nicht verloren hat. Die Länder mit dem stärksten Sozialmodell gehören weiterhin zu den innovativsten und wohlhabendsten der Welt. Gerade die reifen nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten haben ein hohes Maß an Innovationsfähigkeit, die auf kooperativen Arbeitsbeziehungen beruht.

Doch trotz dieser Erfolge ist der Ton der politischen Diskussionen über das europäische Sozialmodell und die weiteren Aussichten für die europäischen Volkswirtschaften oft pessimistisch. Schon vor der Eurokrise waren die politischen Debatten über die Lissabon-Agenda und die daran anschließende Europa-2020-Agenda oft sehr kritisch. Europa wurde als eine alternde und schwächelnde Region mit wenig Kapazität für Innovation und Wachstum gesehen.

Auch die Europäische Kommission zeichnet ein pessimistisches Bild. Sie verfolgt, unterstützt vom Europäischen Gerichtshof, eine Politik der Liberalisierung und Marktschaffung – oftmals zulasten der Sozialmodelle der Mitgliedstaaten. Nach dieser Logik ist der Ausbau des Marktprinzips allein der Motor für Wachstum und wirtschaftliche Integration. Eine Harmonisierung der Sozialmodelle in den Mitgliedstaaten einschließlich der Mitbestimmung ist in diesem Szenario nicht in Sicht.

Vor diesem Hintergrund hat die Hans-Böckler-Stiftung im vergangenen Jahr die Expertengruppe „Workers' Voice and Good Corporate Governance in Transnational Firms in Europe“ eingesetzt. Die europäisch zusammengesetzte 16-köpfige Expertengruppe beschäftigt sich mit den Herausforderungen der Europäisierung der Mitbestimmung, die durch vier Phänomene geprägt ist: Erstens sind Unternehmen zunehmend grenzüberschreitend tätig. Zweitens ist das Gesellschafts- und Arbeitsrecht von nationaler Diversität geprägt. Drittens basiert die globale Corporate-Governance-Diskussion noch immer auf einem aktionärsdominierten Modell. Und viertens hat die EU seit den 1970er Jahren ein eher ambivalentes Verhältnis zur Mitbestimmung.

Die Expertengruppe analysiert den Einfluss von workers' voice auf den Wandel von transnationalen Unternehmen im Kontext der unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen. Dabei will die Expertengruppe der Politik keine neuen Vorschläge zur Harmonisierung von Mitbestimmungsregeln in Europa unterbreiten. Vielmehr macht sie empirisch gut unterlegte Vorschläge für Eckpunkte einer „Better Corporate Governance“, die zum Europäischen Sozialmodell einerseits und zu der bestehenden Praxis in Unternehmen andererseits passen. Mitbestimmung nimmt darin eine Schlüsselstellung ein: Unternehmen werden in ein sozialstaatliches Modell eingebunden, ohne das Prinzip von Markt und Wettbewerb zu negieren.

Dabei bestimmen drei Perspektiven die Diskussionen der Expertengruppe:

- ein Verständnis für lokale Praktiken und unternehmens- wie länder-spezifische Erfahrungen
- eine Debatte über die Grundsätze der Unternehmensführung in einem größeren gesellschaftlichen Kontext
- eine grundsätzliche Verständigung über die Zukunftsfähigkeit der derzeitigen Form der Europäisierung zwischen Liberalisierung und dem Europäischen Sozialmodell.

Die Expertengruppe hat das Mandat, über bereits bestehende Argumente in den Diskussionen über die europäische Mitbestimmung hinauszugehen. Je offener wir für die Vielfalt, Innovation und gegenseitiges Lernen sind, desto kreativer werden unsere Ergebnisse sein. Neue Ideen und innovative Konzepte werden gesammelt und dokumentiert. Die beteiligten Expertinnen und Experten haben das Wissen und die Erfahrung, aktuelle Entwicklungen und mögliche Alternativen zu bewerten. Es gibt nichts Unvermeidliches in der politischen Entwicklung in Europa. ■

ANKE HASSEL, Prof. Dr., lehrt Public Policy an der Hertie School of Governance und ist Vorsitzende der von der Hans-Böckler-Stiftung initiierten Expertengruppe „Workers' Voice and Good Corporate Governance in Transnational Firms in Europe“.

✉ hassel@hertie-school.org